



Kleine Anfrage

des Abg. Arens (SPD)

und

Antwort

der Landesregierung — Minister für Wirtschaft und Verkehr —

U-Boot-Auftrag der HDW für Chile

1. Seit wann hat die Landesregierung Kenntnis von dem U-Boot-Auftrag der HDW für Chile, und wie beurteilt sie dieses Geschäft der HDW mit dem Vertragspartner Chile?
2. Wurden die Vertreter des Landes im Aufsichtsrat der HDW von diesem Auftrag informiert?
Wenn ja, wann, und erfolgte eine Zustimmung?
Wenn nein, hätten sie bei Unterrichtung versucht, das Geschäft zu verhindern, und hätten sie ihre Zustimmung verweigert?

Der Abschluß von Aufträgen liegt in der alleinigen Zuständigkeit der Organe der Gesellschaft. Eine Unterrichtung der Landesregierung ist nicht vorgesehen.

Der Neubau von zwei U-Booten für Chile mit insgesamt 1,2 Mio Fertigungsstunden sichert die Beschäftigung der im Sonderschiffbau der HDW eingesetzten rd. 1 000 Arbeitnehmer für die Dauer eines Jahres. Die Vertreter des Landes im Aufsichtsrat der HDW haben von diesem Auftrag anlässlich der Aufsichtsratssitzung der HDW am 24. November 1980 Kenntnis erhalten.

3. Hat die Landesregierung Anteil am Zustandekommen des Geschäftes, und hat sie sich für den Export der U-Boote nach Chile verwandt?

Nein.

4. Sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, als Anteilseigner der Werft den Bau oder den Export der Kriegsschiffe nach Chile zu verhindern?

Nein.

5. Wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, daß — sofern der Bau der U-Boote aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nicht zu verhindern ist — die U-Boote anderweitig, z. B. im Bereich der NATO, verkauft werden?

Ein anderweitiger Verkauf der U-Boote entzieht sich dem Einflußbereich der Landesregierung.

6. Wird die Landesregierung als Anteilseigner eine Möglichkeit suchen, darauf einzuwirken, daß zukünftig Waffenexporte nur an NATO-Partner oder demokratische Staaten stattfinden?

Wenn ja, in welcher Weise könnte dies geschehen?

Wenn nein, warum nicht?

Die Landesregierung ist bemüht, die Geschäftspolitik der HDW gemeinsam mit dem Mehrheitsaktionär — der im 100 %igen Bundes Eigentum befindlichen Salzgitter AG — abzustimmen.

Die politische Frage, ob Waffenexporte zukünftig nur an NATO-Partner oder demokratische Staaten stattfinden, ist allein vom Bundessicherheitsrat zu entscheiden, der auch in diesem Fall entschieden hat.